

BREMER AKTION

Zeitung der FAU-IAA Bremen

Nr.8 - Dezember 2002

In dieser Ausgabe:

- Infos zu den ab dem 1.1.2003 gültigen Plänen der Hartz-Kommission
- Betriebsversammlung bei den „Arbeit- und Jugendwerkstätten“
- Erfolgreicher Streik in St. Etienne

u.v.a.



Angriffe auf ArbeiterInnen, Erwerbslose und ImmigrantInnen

wichtige Informationen zu den ab dem 1. Januar 2003 geltenden gesetzlichen Bestimmungen aus der Hartz-Kommission

Am Freitag, dem 15.11.2002 wurden im Bundestag u.a. die beiden „Reformgesetze für den Arbeitsmarkt“ auf der Basis der Hartz-Kommission verabschiedet.

Nur der erste Teil ist damit bereits ab dem 1. Januar 2003 gültig - u.a. die „Ich-AG“ und das „Brückengeld“ müssen noch durch den Bundesrat. Die angekündigten Einsparmassnahmen sollen bei der Bundesanstalt für Arbeit und im Bundeshaushalt (Arbeitslosenhilfe) rund 6 Mrd. Euro einsparen. Ziel der Massnahmen ist eine verkürzte Erwerbslosigkeit durch schnelle Vermittlung von Arbeitsplätzen - der Angriff auf die Arbeiterklasse, sich gefälligst zu beschisseneren Bedingungen ausbeuten zu lassen, ist der wahre Hintergrund. Die staatstragenden Gewerkschaften erhalten für ihre Akzeptanz dieser Bekämpfung der Erwerbslosen das Recht zugesprochen, durch tarifvertragliche Öffnungsklauseln in den Verträgen mit den PSA/Sklavenfirmen ihren Teil am miesen Geschäft



Wegbereiter der Massenverelendung und Kapitalprofite:
Peter Hartz

mitzutragen und der »Globalisierung« dafür die Schuld zuzuschreiben. Der angestrebten Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zum Sozialgeld stehen sie auch nicht im Wege, ebensowenig wie einer später sicher kommenden Neudefinition, was denn eigentlich Arbeitslosigkeit bedeutet und wer denn nun wirklich erwerbslos sei - einer Neubestimmung der

Berechnung der Erwerbslosenzahl in der Statistik.

Beschlossen ist:

PSA: Nach einer Einarbeitszeit von sechs Wochen (zum ALG oder zur Alhi) werden Erwerbslose als Zeitarbeiter an ausleihende Firmen vermittelt. Zu deren Lohnstandards, es sei denn, es gibt ab 1.1.2004 einen niedrigeren Tarifvertrag, den die Gewerkschaften mit den Zeitarbeitsfirmen

Fortsetzung auf Seite 2

Das „Job-Center“ und die PSA in Bremen

Ab Februar soll es nun auch in Bremen ein „Job-Center“ geben. Die „Job-Center“ entstammen den Vorstellungen der Hartz-Kommission. Sie sollen die Aufgaben von Arbeits- und Sozialämtern zusammenführen und u.a. in Zeit- und Leiharbeit vermitteln. In Bremen soll es im Doventorsteinweg aufmachen. Zielgruppe zunächst: Jugendliche unter 25 Jahren.

Einem Bericht des WK vom 16.11. zufolge soll die ebenfalls von der Hartz-Kommission und der Bundesregierung beschlossene „Personal Service Agentur“ (PSA) bei einer Zeitarbeitsfirma angesiedelt werden. Genug Gründe für alle ArbeiterInnen und Erwerbslose und die sozialpolitisch aktiven Gruppen in Bremen ihnen die Einweihung dieser neuen Instrumente der Verwaltung und Vermittlung von Menschen in Niedriglohn zu versauen und den sozialen Widerstand auszuweiten.

Nein zu Niedriglohn und Leiharbeit!
Revolutionäre Gewerkschaften aufbauen!

Ein Besuch lohnt sich - auf der Homepage der FAU Bremen

Nicht nur Veranstaltungsankündigungen und aktuelle Informationen zu Arbeits- und anderen sozialen Kämpfen findet ihr unter www.fau-bremen.de.vu - auch die bisherigen Ausgaben der Bremer Aktion könnt ihr von hier aus als pdf downloaden.

Ein umfassendes Textarchiv mit anarcho-syndikalistischen und anarchistischen Beiträgen sowie eine Auswahl an DAArtikeln (oft mit Bremer Bezug) laden zur Weiterbildung und Information ein. Viel Spass damit.



**Rassistische Polizeigewalt
– Abschaffen !**

300 auf Demo gegen rassistischen Polizeiüberfall auf Nigerianische Union

Nach dem rassistischen Polizeiüberfall vom 29.11.02 auf die BesucherInnen des Lokals der Nigerianischen Union in der Bremer Neustadt, wurde am 14.12.02 eine lautstarke Demonstration in der Bremer Innenstadt durchgeführt. 300 Menschen beteiligten sich daran, eine Vielzahl an Transparenten und Sprechchören verdeutlichten was vorgefallen war und Alltag ist und abgeschafft gehört: Rassistische Polizeigewalt.

Der Verein, der in Bremen seit über zehn Jahren ohne jegliche kriminelle Registrierung oder Aktivität besteht, wurde gewalttätig und unter dem Vorwand der Suche nach Waffen und Drogen durchwühlt. Türen wurden eingeschlagen, sogar dann als Personen anwesend waren, die man hätte bitten können, diese Türen zu öffnen. Hunde, die für die Durchsuchung benutzt wurden, beschädigten die Möbel. Wertvolle Dokumente wurden im Büro zerstört während alle anwesenden Nigerianer/innen und andere Afrikaner/innen, die in und vor dem Haus angetroffen wurden, verhaftet wurden.

Alle verhafteten Personen wurden gezwungen, sich in der Kälte für eineinhalb Stunden mit ihren mit Plastikseilen auf den Rücken gebundenen Händen auf die nasse Straße zu legen, während die Polizei ihre Nacken mit Stiefeln niederdrückten. Es wurde ihnen nicht erlaubt, Jacken zu tragen. Viele wurden von der Polizei heftig geschlagen, während unaussprechliche rassistische Beschimpfungen auf sie ausgestoßen wurden. Dies einschließlich eines Mannes, der, obwohl er darum bat auf seine kürzlich vorgenommene Operation am Nacken Rücksicht zu nehmen, gesagt bekam „egal“. Sie bekamen alle gesagt, dass sie nach Nigeria zurückkehren sollen, wenn ihnen die Behandlung, die sie in Deutschland erfahren, nicht gefällt. Diejenigen, die darum baten, zur Toilette gehen zu dürfen, wurde es verweigert, so dass sie folglich ihre Körper einnässen mussten, während sie mit dem Gesicht zum Boden lagen. Zeitgleich wurde eine Gruppe Nigerianer in der Innenstadt von verummten und mit Gewehren bewaffneten Polizisten überfallen und verhaftet.

Fortsetzung nächste Seite Marginalspalte

- Fortsetzung von Titelseite - Hartzgesetz
- aushandeln (oder nicht). Natürlich soll für
- schwer vermittelbare Arbeitslose tarifliche
- Abschläge von „zehn und mehr Prozent“ bis
- zu einem Jahr möglich sein. Erst wenn es kei-
- nen Tarifvertrag für die PSA gebe, soll der
- Gleichbehandlungsgrundsatz gelten. Außer-
- dem gilt für den Zeitarbeiter immer der gün-
- stigere Tarifvertrag, zumindest der in dem
- entleihenden Betrieb (falls er denn einen bes-
- seren hat).
- Wichtig ist sicherlich der neue § 13 des
- Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes: Der
- „Auskunftsanspruch des Leiharbeitnehmers“
- sichert dem „Leiharbeitnehmer im Fall der
- Überlassung von seinem Entleiher Auskunft
- über die im Betrieb des Entleihers für einen
- vergleichbaren Arbeitnehmer des Entleihers
- geltenden wesentlichen Arbeitsbedingun-
- gen einschließlich des Arbeitsentgelts“ zu.
- **Zumutbarkeit und Mobilität:** Nach drei Mo-
- naten Arbeitslosigkeit gilt jetzt ein Umzug
- außerhalb seines zumutbaren Pendel-
- bereichs als zumutbar. Die Umkehr der
- Beweispflicht bedeutet, dass eine Unzumut-
- barkeit einer Arbeitsaufnahme durch den Er-
- werbslosen nachgewiesen werden muss.
- **Kürzung des Arbeitslosengeldes** bei ver-
- späteter Arbeitslosmeldung im JobCenter bis
- maximal 30 Tagessätzen zu 7/35/50 Euro pro
- verspätetem Tag der Meldung.
- Weitere Sperrfristen werden eingeführt: ins-
- gesamt sind es zwölf verschiedene zwischen
- drei und zwölf Monaten.
- **Freistellung der Entlassenen:** die entlassen-
- den Firmen müssen Gekündigten während
- der Kündigungsfrist für Arbeitsamts-
- maßnahmen und Qualifizierungstests von
- der Arbeit freistellen.
- **Kürzung der Krankenversicherungs-**
- **beiträge für Arbeitslosenhilfe-Bezieher** auf
- Basis ihrer Arbeitslosenhilfe. Es werden also
- nur noch KV-Beiträge für die tatsächliche AIHi
- gezahlt. Einsparungen allein für 2003: 700 Mil-
- lionen Euro! Die Folgen: es wird eine 2-Klas-
- sen-Krankenversicherung geben!
- **Unterhaltsgeld:** Anrechnung von 50% auf
- die nachfolgende Anspruchszeit für AIg oder
- AIHi - spart 360 Mio. Euro. Ab 2003 entfällt
- das 3-monatige „Anschlussunterhaltsgeld“
- nach einer Fort- und Weiterbildungs -
- massnahme.



Ältere Kollegen: Über 50jährige (oder erst ab 52 Jahren?), die eine niedriger bezahlte Arbeit (freiwillig?) aufnehmen, erhalten einen Zuschuß zu ihrem neuen Lohn, diese Entgelt-sicherung beträgt 50% des Differenzbetrages zwischen gezahltem/r ALG/AIHi und dem alten Nettolohn. Außerdem gibt es einen Zuschuß zur Rentenversicherung. Durch eine derartige Arbeitsaufnahme kommt der Erwerbslose über 50jährige dann auf maximal rechnerische 75% seines alten Nettolohnes, wenn seine Arbeitslosenhilfe vorher als Alleinstehender bei 50% lag ... Befristete Arbeitsverträge können nun auch ab dem 52. Lebensjahr (vorher 58.) abgeschlossen werden, es besteht kein Kündigungsschutz mehr für ältere ArbeitnehmerInnen.

Wegfall der Dynamisierung der Bemessungsgrundlage für die Berechnung von ALG, Unterhaltsgeld und AIHi spart allein 2003 bei BA und Arbeitslosenhilfe jeweils 50 Millionen Euro, im Jahre 2006 sind es bereits 450 Millionen Euro. Es entfällt allerdings auch die Absenkung der AIHi um jährlich 3% - die Berechnung kostet mehr als sie einbringt.

Ausländer: Ein neuer § 406 Abs. 1 wird wie folgt gefasst: „(1) Wer vorsätzlich eine in § 404 Abs. 2 Nr. 3 bezeichnete Handlung begeht, indem er einen Ausländer, der einen Aufenthaltstitel nach § 4 Abs. 3 des Aufenthaltsgesetzes nicht besitzt, zu Arbeitsbedingungen beschäftigt, die in einem auffälligen Missverhältnis zu den Arbeitsbedingungen deutscher Arbeitnehmer stehen, die die gleiche oder eine vergleichbare Tätigkeit ausüben, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.“

Mal wieder spaßig, das die Ausbeutung illegalisierter Ausländer nur dann strafbar ist, wenn ein „auffälliges Mißverhältnis zu den Arbeitsbedingungen deutscher Arbeitnehmer“ besteht - was immer das real bedeuten mag. Stimmt der Nettolohn überein, kommt der Boss nicht in den Knast?

Im „Zweiten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ - das die Zustimmung des Bundesrates benötigt - geht es dann um die Existenzgründungszuschüsse für „Ich-AGs“, die neuen „Mini-Jobs im Haushaltsbereich“ sowie das „Brückengeld“ für ab 55-jährige Arbeitslose hin zur Frühverrentung mit 60. Hinzu kommen radikale Auswirkungen durch die geplante Reduzierung der ABM von regelmäßig zwölf auf sechs Monate ebenso wie die Verkürzung der Bewilligungsdauer von Fortbildungsmaßnahmen auf „höchstens ein Jahr“. Dies soll 1,8 Milliarden Euro einsparen, mittelfristig spart die BA weiteres Geld ein, da bei einer nur 6-monatigen Laufzeit einer ABM keine neuen Ansprüche auf Arbeitslosengeld erworben werden.

fm, Hamburg

Betriebsversammlung bei den Arbeit- und Jugendwerkstätten Bremen

Am 1. November 2002 fand die letzte Betriebsversammlung der Arbeit- und Jugendwerkstätten im Bürgerzentrum in der Vahr statt. An die 250 KollegInnen waren gekommen und auch die FAU war präsent und verteilte ein mehrsprachiges (deutsch, russisch und englisch) Flugblatt in dem die Praxis der Zwangsarbeit durch die BSHG 19 – Stellen thematisiert und zur gewerkschaftlichen Organisation in der FAU aufgerufen wurde. Der Grossteil der Beschäftigten bei den AJW wird über die bremer arbeit GmbH in BSHG 19 Stellen und über die Arbeitsämter in ABM vermittelt.

Schwerpunkt der grossen Reden von Aufsichtsrat, Geschäftsführung und Betriebsrat war die mögliche Auflösung oder Aufteilung der AJW in verschiedene Trägergesellschaften und damit verbundene Entlassungen. Besonders der Betriebsratsvorsitzende Böhler (VerDi) gab sich zu Beginn seiner Rede betont kämpferisch und gegen Entlassungen, relativierte dies aber am Ende seiner Rede wieder mit den Worten das es, zu Ausscheidungen kommen könne“. Darüber hinaus verteidigte er die Zwangsarbeit durch die BSHG 19 Stellen. Der Vertreter des Senators für Arbeit, Hertel, schlug die Werbetrommel für die Ausgliederung der einzelnen Bereiche der AJW, wie den Holz- und Metallwerkstätten, den Recyclinghöfen und der Näherei und forderte die KollegInnen auf, „keine Angst vor der Arbeitslosigkeit“ zu haben. Bei einer offiziellen Erwerbslosenzahl von 34 000 Menschen in Bremen bei 5000 freien Stellen (die meisten davon im Niedriglohnbereich) und der gängigen Praxis der Reduzierung von Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe, der zum 1.1.03 kommenden neuen gesetzlichen Bestimmungen der Hartz-Kommission ein schlechter Witz, wie er nur von einem Sozialdemokraten kommen kann.

Aufteilung der AJW

Wie aus einer Mitteilung der Geschäftsleitung vom 22.11.02 zu erfahren ist sollten die AJW bis zum 1.1.03 in drei Teilbereiche aufgeteilt werden. Die AJW-Holz- und Metallwerkstätten und die Näherei sollten an eine „Mitarbeiterinitiative“ am Rosenberg gehen, die Recyclinghöfe und der Quartierservice zu Ökonet und die Bauabteilung zum Förderwerk e.V. Nach Beschluss des Aufsichtsrats sollte dabei die „Mitarbeiterinitiative“ unter dem Firmen“mantel“ der BIR, einem der größten Bremer Recycling Betriebe, öffentlich auftreten. Doch die Aufteilung wird noch auf sich warten lassen, da es wegen den AJW in der grossen Koalition kracht. Die CDU legte Veto gegen die beschlossene Aufteilung ein, da die AJW nicht öffentlich zum Kauf ausgeschrieben wurden, obwohl die CDU selber an allen Beratungen der Senatskommission teilnahm, die sich mit den AJW befassen. So werden aller Voraussicht nach erst im Mai 2003, nach den Bürgerschaftswahlen die Beschäftigungsträger wechseln.

Viele KollegInnen wissen das von Senat und Geschäftsführung nur Taten im Interesse der Wirtschaft zu erwarten sind und der Betriebsrat viel heisse Luft produziert. Wir werden die Entwicklungen bei den AJW weiterhin im Auge behalten.

Gegen Zwangsarbeit – für freie Arbeitsplatzwahl

Schluss mit den Niedriglöhnen – für kräftige Lohnerhöhungen

Bleiberecht für Alle

Am 05.11 war es wieder so weit. Der Innense-nator von Bremen war der Gastgeber der Innenministerkonferenz. Dagegen gab es zwei Demonstrationen, insgesamt waren es sogar drei an diesem kalten Novembertag. Die erste um 13 Uhr fand in Oberneuland statt. Dort trafen sich die Innenminister zu ihren traditionellen Kamingesprächen. Es sollte im ruhigen Vorort stattfinden, doch es war nicht ruhig, ca. 150 Anti-RassistInnen sind mit ihren Lautsprecherwagen und Parolen den Herren ins Wort gefallen. Mit Erfolg. Die taz, Buten un Binnen und Funkhaus Europa berichteten reichlich. Es war auch schön Mitglieder der „Karavane für Flüchtlinge und MigrantInnen“ zusammen mit AktivistInnen von Libasoli und der Roma Union zu sehen. Ein breites und starkes Spektrum.

Am Nachmittag führen die Herren ins Parkhotel, auch dort kein Frieden; Beamte, Polizisten und Feuerwehrleute verweigerten den Dienst und forderten mehr Kohle.

Und zuletzt 17 Uhr; Vorplatz des Hauptbahnhofes, Anti-FaschistInnen, Anti-RassistInnen, BremerBürger; demonstrierten gemeinsam (ca. 800) gegen die menschenfeindliche Abschiebepolitik und der Ausdehnung des Polizeistaates. Wasserwerfer, Blockadenräumungsfahrzeuge, Polizeispallier reichten nicht um die Demonstranten einzuschüchtern.

Der 05.11. ein schöner Tag in Bremen.



80 bei Veranstaltung mit Ta'ayush

Unter dem Motto „Gefangen zwischen Terror und Krieg?“ fand am 25.11. in der Immanuelgemeinde in Bremen Walle eine Veranstaltung mit Einar Podjarny und Fadi Shbeta von der israelisch-arabischen Gruppe Ta'ayush (zu deutsch: Partnerschaft) statt.

Die beiden AktivistInnen berichteten über die Arbeit ihrer Gruppe u.a. in den palästinensischen Siedlungsgebieten und schilderten auch ihre persönlichen Erfahrungen mit Diskriminierungen als AraberIn in Israel sowie die politische Stimmung in der Region. Zu der Veranstaltung hatte eine Vielzahl unterschiedlichster Gruppen eingeladen, darunter auch die FAU, die mit einem Infotisch vertreten war. Mit dem Flugblatt „Die jüdische Frage wird endgültig nur mit der sozialen Frage gelöst werden können“ gab die FAU die Gedanken des jüdischen Anarchosyndikalisten Alexander Schapiro wieder, der bereits 1930 deutlich machte, das nicht die Gründung eines Staates die Lösung der Probleme bringt, sondern eine freie Gesellschaft ohne Staat und Herrschaft. An der Veranstaltung nahmen 80 Leute teil. Eine Spenden-sammlung ergab einige hundert Euro für Ta'ayush.

Weitere Informationen findet ihr im Internet unter:

[http:// taayush.tripod.com](http://taayush.tripod.com)

Und unter www.connection-ev.de

Fortsetzung rassistische Polizeigewalt

Der Polizei-Überfall am 29.11.02 fand aufgrund einer unüberprüften Anschuldigung des Besitzers der Diskothek „Memory“, in der Faulenstraße in Bremen, statt, der behauptet hatte die Mitglieder des Vereins wollten ihn ermorden um seine Diskothek zu übernehmen. Dabei ist es wahrscheinlich, dass er diese Behauptungen aufgestellt hatte, weil die Vereinsmitglieder einen Boykott gegen die Diskothek initiiert hatten, da es dort zu ständigen Übergriffen gegen Schwarzafrikaner kam, an denen sich die Bremer Polizei reghaft beteiligte.

Wie nach einem auf www.indymedia.de erschienen Bericht über das Vorgefallene und die Demo bekannt wurde, sind auch Menschen aus Osteuropa wiederholt rassistischen Übergriffen im „Memory“ ausgesetzt worden.

Die FAU beteiligte sich an der Demonstration und erklärt sich mit den überfallenen Nigerianern solidarisch. Rassismus ist Menschenverachtend, AusländerInnenfeindlichkeit ist ArbeiterInnenfeindlichkeit.

Erfolgreicher Streik der ArbeiterInnen im Krankenhaus St. Etienne

Gegen unhaltbare Arbeitsbedingungen traten am 24. Oktober die ArbeiterInnen der Geriatriischen Abteilung im Krankenhaus von St. Etienne (Frankreich) in den Streik. Von Anfang an gehörte die Betriebsgruppe des CNT-Syndikats Gesundheit und Soziales zu den aktivsten Kräften in diesem Kampf. U.a. besetzten die KrankenpflegerInnen die Station und führten mit Unterstützung der CNT eine Demonstration durch. Über die Fortführung und den weiteren Verlauf des Arbeitskampfes wurde in Vollversammlungen aller dort Arbeitenden entschieden, sehr zum Leidwesen der reformistischen Gewerkschaften CGT, CFDT und FO die von den KollegInnen als der Geschäftsleitung unterwürdig bezeichnet wurden und zudem falsche Informationen über den Arbeitskampf verbreiteten. Bis zum 22. November kämpften die KollegInnen und gewannen diese Auseinandersetzung schließlich. U.a. musste die Geschäftsleitung der Einstellung von KrankenpflegerInnen und KrankenpflegehelferInnen sowie der Verlängerung befristeter Arbeitsverträge zustimmen.

Weitere Informationen auf französisch unter www.cnt-f.org/sante-social.rp



Frohes neues Jahr, Chef !



Freie Arbeiterinnen und Arbeiter Union (FAU) angeschlossen an die Internationale ArbeiterInnen Assoziation (IAA)

Die FAU-IAA ist eine basisdemokratische Gewerkschaftsinitiative, in der wir uns organisiert haben, weil wir von den sozialpartnerschaftlichen, scheidemokratischen Funktionärsapparaten der herrschenden Gewerkschaften die Nase gestrichen voll haben. Wir pfeifen auf Sozialpartnerschaft und „Standortlogik“, die nur dazu führen dass die Reichen immer reicher werden, während immer mehr Menschen verarmen. Wir ArbeiterInnen sind es, die den gesellschaftlichen Reichtum produzieren den Staat und Bosse und rauben. Ohne sie, in einer freien, selbstverwalteten Gesellschaft, in der alle mitentscheiden können, würde es uns besser gehen. Das nennen wir Anarchosyndikalismus. Und da wollen wir hin. Die Grundlage für Selbstverwaltung ist Verantwortung, gegenseitige Hilfe, Solidarität und eine gleichberechtigte Zusammenarbeit ohne Hierarchien und Privilegien aufgrund von Geschlecht und Geburtsort. Auf dieser Basis versuchen wir uns schon heute zu organisieren. Bei uns entscheiden die Vollversammlungen. FunktionärInnen haben und wollen wir nicht.



Direkte Aktion - anarchosyndikalistische Zeitung der FAU-IAA:
Kostenloses Probeheft bestellen: Direkte Aktion, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/Main
eMail: da@fau.org und im Internet: www.fau.org
Die DA ist in Bremen erhältlich im: Buchladen Lahnstrasse, Bücherhaus Bremen (Neustadtscontrescarpe), Uni-Buchhandlung, Infoladen (St. Pauli Str.), Andere Seiten (Brunnen Str.)

BREMER AKTION

Zeitung der FAU-IAA
Lokalföderation Bremen
Redaktionsanschrift:
FAU-IAA Lokalföderation Bremen
Postfach 10 56 74, D-28056 Bremen
e-mail: fauhb@fau.org
ViSdP: M. Hilse
Auflage: 1000 Ex.
Abos können gegen Zusendung der Portokosten eingerichtet werden

Freie Arbeiterinnen und Arbeiter Union Lokalföderation Bremen

Kontakt:
FAU-IAA Lokalföderation Bremen
Postfach 10 56 74
D-28056 Bremen
eMail: fauhb@fau.org

Syndikat der Lohnabhängigen und Erwerbslosen
c/o FAU-IAA Lokalföderation Bremen
eMail: sle-hb@fau.org



Offenes Treffen für alle an der FAU Interessierten: Jeden 1. Montag im Monat ab 19.00 Uhr im Wiener Hof Cafe, Weberstrasse, Bremen.

www.fau-bremen.de.vu